



Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Regionalgruppe Münster
Kajo Schukalla

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

viele unserer Bekannten und Freunde im und aus dem Nahen Osten haben diese Tage mit dem Neujahrsfest Newros (Naw Rúz) den Frühlingsanfang begrüßt.
Mit besten Wünschen für das Jahr verbinde ich hier einige Hinweise auf aktuelle Termine und Planungen unserer Regionalgruppe.

Die nächsten **offenen Arbeitstreffen** unser GfbV-Regionalgruppe Münster finden an den Donnerstagen am **9. April, 7. Mai, 11. Juni und 2. Juli**, jeweils **20 Uhr** in der Brücke, Internationales Zentrum der Universität, Wilmergasse 2, 48143 Münster, statt.
Gäste sind stets willkommen.

Erinnern möchte ich noch einmal an die **Mitgliederversammlung des Eine-Welt-Forums Münster (EWF)**, die GfbV ist Gründungsmitglied, an diesem **Dienstag, den 24. März 2015, 19.30 Uhr** in der Evangelischen Studierendengemeinde (ESG), Breul 43, 48143 Münster. Interessierte sind willkommen.

Roma-Kultur: Hintergründe verstehen - Zugänge schaffen ist das Thema einer Informationsveranstaltung zur Situation der Roma am **Mittwoch, 25.3.2015, 14-16 Uhr** des Begegnungszentrum Sprickmannstraße in Münster-Kinderhaus. Es berichtet Gabi Hess, Koordinatorin des AWO-Stadtteilbüros Coerde.

Für die nächste Zeit planen wir eine größere GfbV-Informationsveranstaltung über die Lage der **Roma in Südosteuropa**. Wir werden dazu gesondert einladen.

Ein **bundesweites GfbV-Regionalgruppentreffen** findet am Wochenende vom **17. bis 19. April 2015** in Berlin statt. Wer interessiert an unserer regionalen Menschenrechtsarbeit ist, rufe mich bitte an (Kontakte weiter unten) oder kontaktiere in unserem Göttinger GfbV-Bundesbüro Daniel Matt, Tel. 0551/ 49906-17, E-mail: d.matt@gfbv.de, aktionen@gfbv.de

Die **Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für bedrohte Völker** findet am Wochenende **25.-27. September 2015** in Göttingen statt. Auch diesmal werden wir an der Versammlung wieder zahlreiche Minderheitenvertreter und Menschenrechtsverteidiger teilnehmen. www.gfbv.de

Die folgende Einladung darf ich an die von uns weiterreichen, die in der Flüchtlingsarbeit engagiert sind:

Alljährlicher gemütlicher Abend der Ehrenamtlichen und Erfahrungsaustausch der im Flüchtlingsbereich Engagierten

Mittwoch, 20. Mai 2015, 18 Uhr, Historisches Rathaus, Rüstkammer, (Eingang)

Stadtweinhaus,

Prinzpalmarkt 8-9, 48143 Münster

Jochen Köhnke, Dezernent für Migration und interkulturelle Angelegenheiten der Stadt,

lädt zu dem Treffen ein, das vor allem dem Erfahrungsaustausch dienen soll. Auch Dr.

Ömer Yavuz wird anwesend sein. Neben einem kulturellen Überraschungsprogramm wird

Volker Maria Hügel, GGUA-Fachreferent, einen Vortrag zum Aufenthaltsstatus von

Flüchtlings halten.

Engagiert mögen sich eingeladen fühlen.

Eine Anmeldung ist erforderlich bis zum 10.4.2015 per Post oder E-mail bei Frau

Jostameling, Stadt Münster, E-mail: jostameling@stadt-muenster.de

In diesem Jahr jährt sich zum hundersten Mal der Genozid an der Armeniern. Aus diesem Anlass werden wir eine Gedenkveranstaltung durchführen. Wir bitten um Vormerkung und Weiterinformation.

Ararat – Der Schmerzensberg.

Ein kulturpolitischer Abend über das Volk der Armenier und den Völkermord vor 100 Jahren

Mittwoch, 27. Mai 2015, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster, VHS-Forum 1

Aegidiimarkt (Innenhof), Münster

Die Spannungen zwischen dem armenischen und türkischen Volk wurzeln tief in der Geschichte. Schon weit vor dem 1. Weltkrieg kam es auf türkischem Boden zu Pogromen an der Minderheit der Armenier. Die Regierung tolerierte die Massaker stillschweigend und verabschiedete schließlich am 27. Mai 2015 das Deportationsgesetz, mit dem die im Osmanischen Reich lebenden Armenier nun ganz offiziell enteignet und vertrieben werden konnten. Der Völkermord wurde zum Programm.

Mit Filmausschnitten und Lesung von Auszügen aus armenischer Literatur und zeitgenössischen Dokumenten erinnern wir an den Völkermord von 1915-1917.

Mitwirkende: Dorothee Hollender (Erfurt), Kajo Schukalla, Ulrike Kuhlmann u.a.

Eine Veranstaltung der Gesellschaft für bedrohte Völker/ Regionalgruppe Münster mit der Volkshochschule Münster

Gerne weise ich auf eine Aktion der Tibet-Initiative im Rahmen der Münsteraner Wochen gegen Rassismus hin. Unter dem Motto **Der Roggenmarkt wird chinesisch** werden am Samstag, den **28. März 2015**, um 15 Uhr am Drubbel (an der Lambertkirche) die Straßenschilder mit chinesischen Bezeichnungen überklebt, um symbolisch auf die Zerstörung tibetischer Kultur hinzuweisen (www.tibet-muenster.de).

Am **10. März** hatte wieder eine riesige **Tibet-Fahne am Rathaus Münsters** an den Jahrestag des tibetischen Nationalaufstandes 1959, der von den chinesischen Truppen blutig niedergeschlagen wurde, erinnert. Zwischen März 1959 und September 1960 kamen bei Militäraktionen insgesamt 87.000 Tibeter ums Leben, 25.000 wurden verhaftet.

Der Dalai Lama und tausende Tibeter mussten ins Exil fliehen. 1950 wurde Tibet völkerrechtswidrig von der Volksrepublik China besetzt, tibetische Kultur und buddhistische Religion verfolgt, die meisten Klöster wurden zerstört. Insgesamt werden über eine Million Tote beklagt.

Zum Gedenken an die Opfer und den Widerstandswillen des unterdrückten Volkes der Tibeter wird in vielen Städten seit 1995 die Flagge mit dem Schneeleoparden gezeigt. In Münster hatten die Tibet-Initiative und die Gesellschaft für bedrohte Völker die Aktion angeregt.

Bis dann.
Herzlichen Gruß
Kajo

Arbeitskontakte:

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV),
Regionalgruppe Münster

c/o

Dr. Kajo Schukalla

Markweg 38,

48147 Münster,

Tel. 0251/ 2390606,

E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Ulrike Kuhlmann,

Tel. 0251/ 5309793,

E-mail: ulriekuhlmann@googlemail.com.

GfbV-Bundesbüro, Aktionsreferat

Daniel Matt, Tel. 0551/ 49906-17,

E-mail: d.matt@gfbv.de, aktionen@gfbv.de

www.gfbv.de

Nachfolgend einige wenige Pressemitteilungen und eigene Leserbriefe.

Täglich finden sich neue Meldungen auf unserer Internetseite www.gfbv.de

Irak: Islamisten intensivieren die Zerstörung von Kirchen in Mossul

GfbV-Pressemitteilung

Göttingen, den 18. März 2015

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) befürchtet, dass die Extremisten des Islamischen Staates (IS) innerhalb kurzer Zeit und noch vor der „Schlacht um Mossul“ alle christlichen Kirchen und Klöster in und um die nordirakische Stadt zerstören werden. Augenzeugenberichten zufolge setzen die Islamisten dabei schon jetzt schweres Gerät wie Bulldozer ein. Im Internet kursieren bereits Bilder der Verwüstung aus dem

chaldäischen Kloster St. Georg (Mar Gorgis) in Mossul. Darauf sind IS-Anhänger zu sehen, die Kreuze und Bildnisse mit einem Hammer zerschlagen, oder sie zeigen zerstörte Skulpturen christlicher Heiliger wie eine Marienstatue, die vom Sockel gestürzt wurde. Mar Gorgis wurde im 10. Jahrhundert auf einem Hügel nördlich von Mossul errichtet. Von 1846 an beherbergte das Kloster das chaldäische Priesterseminar des Nordirak.

In Mossul gab es rund 35 Kirchen und Klöster, die zum Teil Jahrhunderte alt waren. Viele christliche Gotteshäuser wurden in den vergangenen Jahren durch die Kämpfe stark beschädigt oder durch Anschläge von Islamisten zerstört. Christen, Yeziden, Shabak, Schiiten, Kurden aber auch viele sunnitische Araber sind aus der Stadt geflohen, die seit Anfang Juni 2014 von der IS kontrolliert wird. In Mossul lebten 2003 mehr als 50.000 Christen. Es wird erwartet, dass kurdische Einheiten und Truppen der irakischen Armee demnächst eine Offensive gegen die IS-Extremisten in Mossul starten, um die Islamisten wieder aus der Region zu vertreiben.

2003 gab es im Irak nach Angaben der GfbV 300 bis 350 Kirchen. Im Januar 2014 waren es höchstens noch 57. Anfang 2015 hatten die Extremisten sie auf weniger als 40 Gotteshäuser dezimiert. „Nach der nahezu vollständigen Vertreibung der christlichen Assyrer/Chaldäer/Aramäer und Yeziden aus Mossul, der Ninive-Ebene und Sinjar wollen die Extremisten nun jegliche Spur des Christentums und des Yezidentums in der Region für immer auslöschen“, warnt die GfbV.

Auch in Syrien sollen seit 2013 mindestens 80 christliche Kirchen und Klöster zerstört worden sein genauso wie Teile der historischen christlichen Stadt Maalula, 56 Kilometer nördlich von Damaskus. In den vergangenen Wochen begannen die IS-Extremisten mit der Zerstörung der assyrischen Kirchen in den Ortschaften entlang des Flusses Khabour im äußersten Nordosten des Landes.

Für Nachfragen ist der GfbV-Nahostreferent Dr. Kamal Sido erreichbar unter Tel. 0173/ 67 33 980.

Darfur

Leserzuschrift

Anhaltende Katastrophe verdrängt / Straflosigkeit ist schlimmstes Gift

Zu den vergessenen und auch von der internationalen Politik verdrängten Konflikten gehört die anhaltende Katastrophe im westsudanesischen Darfur. Zwölf Jahre nach Beginn des Genozids sind in Darfur noch immer 2,55 Millionen Menschen auf der Flucht vor Menschenrechtsverletzungen. Rund 4,4 Millionen Menschen sind auf Nahrungsmittelhilfe aus dem Ausland angewiesen. Mehr als 5.000 Dörfer wurden zerstört. Weil humanitäre Arbeit von den sudanesischen Behörden massiv behindert wird, haben sich viele internationale Hilfsorganisationen zurückziehen müssen. Auch zehn Jahre Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) haben keine Gerechtigkeit für Opfer von Vergewaltigungen, willkürlichen Verhaftungen, Folter und Vertreibung gebracht. 2014 mussten insgesamt erneut 430.000 Menschen die Flucht ergreifen und alleine seit Dezember 2014 mindestens 41.000 Darfuris ihre Dörfer verlassen.

Bis heute gibt es keine angemessene Strafverfolgung von Gewalttätern in Darfur.

Der stellvertretende Staatssekretär im sudanesischen Justizministerium Esameldin Abdelgader bestritt jetzt dreist vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf eine von Human Rights Watch dokumentierte Massenvergewaltigung in Darfur im Oktober 2014. Fatou

Bensouda, Chefanklägerin des IstGH, beklagte, sie werde vom Weltsicherheitsrat bei der Durchsetzung von Haftbefehlen gegen Sudans Staatspräsident Omar Hassan al Bashir und andere Beschuldigte nicht ausreichend unterstützt. Straflosigkeit bei Massenmord, Vertreibung und anderen Menschenrechtsverbrechen sind das schlimmste Gift für eine friedliche Zukunft. Auch die deutsche Politik darf sich hier international nicht heraushalten!

Dr. Kajo Schukalla,

Gesellschaft für bedrohte Völker und Darfur-Hilfe, Münster, Markweg 38

Link zur Dokumentation von Human Rights Watch zu den Massenvergewaltigungen in Darfur:

http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/sudan0215_web.pdf

Kirchenasyl

Leserbrief

Seit einigen Wochen ist das Kirchenasyl erneut in die öffentliche Diskussion geraten. Befeuert durch die schlimme Entgleisung Innenminister de Maizières, der das Kirchenasyl mit dem islamischen Rechts der Scharia verglich, und die Ankündigung, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als zuständige Behörde werde künftig Menschen im Kirchenasyl trotz Behördenkenntnis per Definition als flüchtig und untergetaucht bewerten, ist ein empörender Versuch der Kriminalisierung eines transparenten Bemühens zum Schutz der Menschenrechte. Kirchenasyl ist immer eine befristete Aufnahme von Flüchtlingen in kirchlichen Räumen, um in ausgewählten und gut begründeten Fällen Zeit zu gewinnen, staatliche Entscheidungen rechtlich revidieren zu können.

Derzeit gibt es bundesweit knapp 230 Fälle von Kirchenasyl mit rund 410 Menschen, darunter weit über 100 Kinder, angesichts der gesamten Flüchtlingszahlen eine marginale Größe. Annähernd 90% der Flüchtlinge im Kirchenasyl konnten bislang nach erneuter Prüfung in Deutschland bleiben, ein unübersehbarer Hinweis, wie problematisch und falsch viele Asylentscheidungen sind. Auch die Abschiebungen gemäß Dublin III-Verordnung (2013) und Dublin-Verfahren in vorgeblich sichere Drittländer, bspw. Italien oder Bulgarien, missachten vielfach die menschenrechtlichen Realitäten in den überforderten EU-Ankunftsändern, in denen Flüchtlingen, viele von ihnen Afrikaner aus Kriegsgebieten, selbst eine Grundversorgung verweigert wird.

Kardinal Reinhard Marx hat jetzt zu Beginn der Bischofskonferenz mit seinem Bekenntnis zum Kirchenasyl das richtige Zeichen gegeben, ähnlich zuvor der evangelische hannoversche Landesbischof Ralf Meister. Vielleicht sind dies auch Ermutigungen für unsere Kirchengemeinden im Münsterland, Kirchenasyl als eigene Option zu bedenken. Unterstützende Netzwerke wie die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche beraten dabei gerne.

An die Politik und uns alle aber sei appelliert, unser Land für Flüchtlinge offen zu halten und eine Willkommenskultur zu pflegen. Zugleich benötigen wir vermehrte friedens-, außen- und entwicklungspolitische Anstrengungen zur Fluchtursachenbekämpfung.

Dr. Kajo Schukalla

Gesellschaft für bedrohte Völker, Münster, Markweg 38

*(wurden von den Westfälische Nachrichten am 5.3.2015
nach rund zwei Wochen und Erinnerung gekürzt veröffentlicht)*

Internationaler Frauentag (Sonntag, 8.März 2015) – 15 Jahre UN-Resolution 1325 (Schutz von Frauen vor Gewalt im Krieg)

Göttingen, den 5. März 2015

Deutschland soll den Schutz von Frauen im Krieg zum Leitmotto seiner G 7-Präsidentschaft machen (GfbV-Pressemitteilung)

Zum Internationalen Frauentag hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die deutsche Bundesregierung aufgefordert, den Schutz von Frauen vor Gewalt im Krieg zu einem Leitmotto seiner G 7-Präsidentschaft zu machen. „Die anhaltende Gewalt gegen Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten im Irak, in der Ost-Ukraine, Darfur, Südsudan, Kongo, Nigeria, Mali, Indien und Burma zeigt, dass Frauen noch immer wenig Schutz in Kriegsgebieten bekommen“, erklärte die GfbV am Donnerstag in Göttingen. „Wir erwarten, dass sich die deutsche Bundesregierung während ihrer G 7-Präsidentschaft mehr für die Rechte von Frauen in bewaffneten Konflikten einsetzt. Denn die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates wurde zwar vor 15 Jahren verabschiedet, aber bis heute nicht umgesetzt.“

Die am 31. Oktober 2000 im Weltsicherheitsrat verabschiedete Resolution 1325 sieht eine konsequente Strafverfolgung von Kriegsverbrechen an Frauen, ihren besseren Schutz in Konfliktregionen und ihre stärkere Beteiligung an Friedensverhandlungen und Wiederaufbau vor.

Großbritannien, das bis vor kurzem die G 7-Präsidentschaft hatte, engagierte sich vorbildlich für ein Ende sexualisierter Gewalt in Konflikten. So organisierte die britische Regierung im Juni 2014 ein weltweites Gipfeltreffen zum Stopp sexualisierter Gewalt in Konflikten. Die US-Schauspielerin Angelina Jolie erregte mit ihren engagierten Plädoyers auf der Konferenz weltweite Aufmerksamkeit. „Auch Deutschland unterzeichnete den auf der Konferenz verabschiedeten Aktionsplan, doch wir vermissen bis heute konkrete deutsche Initiativen zu seiner Umsetzung“, erklärte der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius.

Dabei brauchen mehrere zehntausend Opfer sexualisierter Gewalt im Irak, in der Ost-Ukraine, in Darfur, Südsudan, Kongo, Mali und Nigeria dringend mehr therapeutische Hilfe, um die traumatischen Erlebnisse zu verarbeiten. In keiner dieser Konfliktregionen werden Frauen an der Suche nach Frieden maßgeblich beteiligt, obwohl diese Friedensprozesse zum Teil unmittelbar von Deutschland gefördert werden. Bei Strafverfolgungsbehörden, Polizei und Gerichten bekommen die Opfer sexualisierter Gewalt noch immer keine Gerechtigkeit. Gute Partner Deutschlands, wie der Sudan, verleumden die Opfer der Gewalt, verweigern eine juristische Aufarbeitung der Verbrechen und inhaftieren Kritiker, die die Kriegsverbrechen anprangern. „Wer die UN-Resolution 1325 und den Aktionsplan des Londoner Gipfels im Jahr 2014 mitträgt, darf nicht dazu schweigen, sondern muss sich konsequent für die Rechte von Frauen und Mädchen im Krieg einsetzen“, erklärte Delius.

Besonders dramatisch sind die Menschenrechtsverletzungen in Nigeria, wo Mädchen ab dem Alter von 7 Jahren von der Terrorgruppe Boko Haram als Selbstmordattentäterinnen missbraucht werden. Aber auch die Extremisten des „Islamischen Staates“ verschleppten

und missbrauchten hunderte yezidische Frauen im Irak. Im Bürgerkrieg gegen die maoistischen Naxaliten in Indien sowie bei den Konflikten in Minderheitenregionen im benachbarten Burma werden ebenfalls regelmäßig Frauen Opfer gezielter Übergriffe.